

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 31 – Aktuelle Steuerschätzung

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 365.04 / 10.11.2004

Das parteipolitische Taktieren der CDU geht zu Lasten der BürgerInnen!

Die finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand sind nach wie vor deutlich geringer ausgefallen als prognostiziert – so die Steuerschätzung. Diesmal ist insbesondere der Bund betroffen. Die Länder müssen ein geringeres Minus verkraften und die Kommunen profitieren sogar.

Auch Schleswig-Holstein muss erneut mit Mindereinnahmen rechnen. Dass wir das Minus in 2004 in Höhe von 5,9 Mio. Euro ohne Nachtragshaushalt verkraften können, ist insbesondere dem Finanzminister zu verdanken, der Einnahmen und Ausgaben absolut realistisch kalkuliert hat. Glückwunsch, Minister Stegner!

Voll verschätzt hat sich dagegen die CDU. Herr Carstensen und sein Beraterteam hatte letzte Woche ein Minus von 200 Mio. Euro für Schleswig-Holstein ausgerechnet. Wie sind Sie nur auf diese Zahl gekommen? Warum, meine Damen und Herren von der CDU, sehnen Sie sich geradezu nach Haushaltslöchern in dreistelliger Millionenhöhe?

Wie sagte doch die Chefin der Oberfinanzdirektion Rostock letzte Woche so trefflich? (Sie ist in Carstensens Schattenkabinett für Wirtschaft zuständig.) „Wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass der Standort Schleswig-Holstein nicht schlecht geredet wird.“

Meine Damen und Herren von der CDU, nehmen Sie diesen Appell ernst und verbreiten Sie keine unseriösen Zahlen!

Ihre parteipolitische Taktiererei in Kiel und in Berlin geht zu Lasten der BürgerInnen. Blockadepolitik ist das Hauptmerkmal der CDU! Wie lässt es sich sonst erklären, dass die CDU im letzten Jahr im Vermittlungsausschuss den Rot-Grünen Vorschlag für Subventionsabbau in Höhe von 15,6 Mrd. Euro auf gerade einmal 2,4 Mrd. Euro herunter verhandelt hat?

Bundes- wie Landes-CDU haben den Bezug zu den finanziellen Auswirkungen ihrer eigenen Politik längst verloren. Wie sonst ist es erklärbar, dass die CDU eine Kopfpauschale vorschlägt, die ein Loch von 40 Mrd. Euro in das soziale Sicherungssystem reißt? Und das, kurz nachdem die CDU mit ihrem Steuerkonzept eine Steuersenkung ebenfalls in Höhe von 40 Mrd. Euro beschlossen hat.

Meine Damen und Herren von der CDU, plakatieren sie nicht weinende Kinder, sondern machen sie realistische Vorschläge zur Sanierung der Staatsfinanzen und beteiligen Sie sich an den notwendigen Strukturmaßnahmen des Landes.

Vor uns steht die schwierige Aufgabe, in 2005 die großen Lücken im Landeshaushalt zu schließen. Dabei wollen wir uns nicht an Niedersachsen orientieren, wo der CDU-Ministerpräsident frei bekundet hat, dass er sich für die nächsten Jahre gar nicht erst vornimmt, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen.

Ich gehe fest davon aus, dass die in Berlin mit großer Mehrheit beschlossenen Reformen greifen: 2005 folgt die letzte Stufe der Steuerreform und die Umsetzung der Arbeitsmarktreform. Meine Fraktion setzt darauf, dass sich die beschlossenen Reformen insgesamt positiv auswirken!

Auch im Land halten wir Kurs: Sparvorschläge und Strukturmaßnahmen werden umgesetzt, in Bildung wird investiert und in Berlin kämpfen wir dafür, dass Subventionen gestrichen werden und dass das Steuersystem gerecht und transparent umgestaltet wird.

Die BürgerInnen wollen keine leeren Versprechungen - sie erwarten, dass ihnen reiner Wein eingeschenkt wird. Wie kann es sein, dass sich die CDU-Fraktion vor wenigen Tagen darüber beklagt hat, dass das Land die zugesagten Konversionsmittel zu Lasten anderer Projekte nur umschichten würde?

Meine Damen und Herren von der CDU, glauben Sie noch immer, dass der Finanzminister einen Euroschein-Kopierer im Keller stehen hat?

Bei allen Problemen die 2005 auf uns zukommen, sollten wir die positiven Dinge nicht übersehen: Die Kommunen nehmen wieder mehr Geld ein, die Änderungen bei der Gewerbesteuer zahlen sich aus. Ein Plus von sieben Prozent in 2004 tut den Gemeinden gut!

Zur Erinnerung: Die CDU wollte die Gewerbesteuer komplett abschaffen! Gut, dass sie dafür keine Mehrheit hatte!
